



### Pressemitteilung vom 25. Mai 2016

#### **Personalsituation am Landgericht bleibt dramatisch**

Heute hat sich der Rechtsausschuss der Bremischen Bürgerschaft in einer Sondersitzung mit der vorzeitigen Entlassung zweier Häftlinge aus der Untersuchungshaft und der Überlastung der Strafkammern des Landgerichts befasst. Das Hanseatische Oberlandesgericht hatte am 20. Mai 2016 die Entlassung beschlossen, weil das Landgericht aufgrund der aktuellen Häufung von Haftsachen sich nicht in der Lage sah, die Hauptverhandlung rechtzeitig zu beginnen. Auf breiter Faktenbasis und mit ausführlicher rechtlicher Begründung hat das Oberlandesgericht eine strukturelle personelle Unterbesetzung am Landgericht nachgewiesen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Das Justizressort und die Landgerichtspräsidentin präsentierten in der heutigen Rechtsausschusssitzung Lösungsansätze, um der aktuellen Krisensituation zu begegnen. Aus unserer Sicht sind diese Ansätze indes nicht ausreichend, um das Problem der personellen Unterversorgung in den Straf- und Zivilkammern und in der Justiz allgemein langfristig zu lösen.

Der Justizsenator hat den aktuellen „Bericht zur Belastung der bremischen Justiz - Fortschreibung 2016“ vorgelegt. Daraus ergibt sich, dass das Landgericht Bremen im Vergleich zu anderen Landgerichten einen besonders hohen Bestand von nicht erledigten Verfahren vor sich herschiebt. Dieser Zustand wird sich nicht ändern, wenn die Strafkammern ausschließlich Haftsachen bearbeiten. Und jedes einzelne Verfahren bedeutet: Ein Bürger wartet auf eine Entscheidung in einem Zivilrechtsstreit. Oder Opfer und Angeklagte warten darauf, dass eine Tat aufgeklärt wird. Die Richterinnen und Richter spüren dies in ihrer Arbeit tagtäglich und setzen alles daran, die Verfahren so zügig wie möglich abzuschließen. Aus den vorgelegten Zahlen lässt sich jedoch errechnen, dass allein am Landgericht mindestens 11 zusätzliche Richter nötig wären, die ein Jahr lang ausschließlich damit beschäftigt wären, den Aktenbestand auf ein Durchschnittsmaß abzarbeiten.

Dazu erklärte die stellvertretende Vorsitzende **Gesa Kasper**: „Wir dürfen die Justiz nicht kaputtsparen und so das Vertrauen zerstören, das die Bürger in die deutsche Justiz haben. 1,38% des Landeshaushaltes für Gerichte und Staatsanwaltschaften sind zu wenig. Zu Recht sind wir stolz auf unsere unabhängige, effiziente Justiz in einem gefestigten Rechtsstaat. Das soll auch so bleiben. Wir fordern daher, der Justiz bei den Haushaltsberatungen einen angemessenen Stellenwert zu geben und vor allem Gerichte und Staatsanwaltschaft in der aktuellen Situation nicht allein zu lassen, sondern umgehend personell zu unterstützen.“

---

**Bei Rückfragen:** Petra Meyer, Tel.: 0421-361-96632, E-Mail: [kontakt@richterverein-bremen.de](mailto:kontakt@richterverein-bremen.de)

*Der Bremische Richterbund mit seinen über 200 Mitgliedern ist Landesverband des Deutschen Richterbundes, des größten Berufsverbandes der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Deutschland.*